Dresdner Volkszeitung

Scheckkonto: Leipzig, Boden & Komp., Nr. 20618. **Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.** Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.30 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter **Kreuzband** für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. **Erscheint täglich** mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 87. | Dresden, Dienstag den 16. April 1918. | 29. Jahrg.

Eine Gefahr für Deutschlands Zukunft.

Unsere Annexionisten schreien schon seit langer Zeit immer wieder von neuem frohlockend in die Welt hinaus, daß die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 längst durch die Ereignisse überholt sei, und auch Angehörige der Mehrheitsparteien haben Aeußerungen getan, aus denen hervorgeht, daß sie nicht mehr an der Friedensresolution festhalten. Jetzt hat der Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbandes eine Entschließung angenommen, in der er der Reichstagsmehrheit verkündet, das deutsche Volk verlange von ihrem Pflichtbewußtsein die Preisgabe der Entschließung vom 19. Juli. Der Alldeutsche Verband ist sicher am wenigsten befugt, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen, zumal sein wüstes Treiben dem deutschen Volke ganz unabsehbaren Schaden zugefügt hat. Es wäre auch sicher kein Glück für das deutsche Volk, wenn die Alldeutschen das durchsetzten, was sie wollen, und der Gedanke des Verständigungsfriedens völlig in der Versenkung verschwände. Es mag sein, daß viele bürgerliche Abgeordnete für die Friedensresolution nur deswegen gestimmt haben, weil sie glaubten, daß ein vollkommener Sieg in absehbarer Zeit nicht zu erreichen sei und nur ein Verständigungsfriede eine baldige Beendigung des Krieges herbeiführen könne.

Für die Sozialdemokratie aber handelt es sich bei der Frage, ob Gewaltfriede oder Verständigungsfriede, um mehr, und sie hat deswegen gar keine Veranlassung, den Gedanken des Verständigungsfriedens aufzugeben, weil jetzt die militärische Lage für Deutschland eine günstigere ist. Ganz abgesehen davon, daß trotz den gewaltigen Erfolgen unserer Heere es durchaus noch fraglich ist, ob wir einmal imstande sein werden, unseren Gegnern einen Frieden nach annexionistischem Rezept zu diktieren. Die Sozialdemokratie hat für die Friedensresolution nicht eines starren Dogmas wegen gestimmt. Es kommt freilich nicht darauf an, daß nach dem Kriege unbedingt jeder Grenzstein an derselben Stelle bleibt, wo er vor dem Kriege gestanden hat. Die Geschichte bietet uns das Beispiel von Annexionen, die durchaus keine schädlichen Folgen gehabt haben. Das Wachstum Italiens zu einem Einheitsstaat, in dem jeder einen historischen Fortschritt sehen wird, ist von Annexionen begleitet gewesen. Hier haben gewaltsame Angliederungen von Ländern stattgefunden, die von der Bevölkerung der beteiligten Gebiete zum größten Teil freudig begrüßt wurden und die keine Revanchegelüste hinterlassen haben. Das aber ist klar, würden bei einem Friedensschluß die Wünsche unserer Annexionisten erfüllt, würden wir Longwy und Briey von Frankreich abtrennen, würden wir Belgien nicht wieder freigeben, so könnten das unsere Gegner jahrzehntelang nicht vergessen, und das wäre für Deutschland eine schwere Gefahr. Unsere Eroberer leiden sich ein, man könnte Deutschland durch Gebietserweiterungen vor den Gefahren künftiger Angriffe schützen. Das aber ist ein sehr törichter Glaube. Die Sozialdemokratie hielte es für ein Unglück, wenn auch in Zukunft die Beziehungen der Völker wieder auf Drohung und Gewalt aufgebaut wären. Deshalb will sie einen Frieden, der einer Versöhnung und Verständigung der Völker die Wege ebnet. Der Gedanke, daß sich Deutschland durch Eroberungen für die Zukunft sichern könnte, ist geradezu wahnsinnig.

Deutschland, das infolge seiner geographischen Lage zwischen große Staaten eingekeilt ist, muß wünschen, daß in Zukunft zwischen ihm und seinen Nachbarn freundschaftliche Beziehungen herrschen. Deutschland mag beim Friedensschluß so viel annektieren, wie unsere Annexionisten wünschen, die ihm heute gegenüberstehenden Weltreiche Rußland und England bleiben so große Staaten, daß sie immer wieder für Deutschland eine Gefahr werden können. Sie verfügen über ein sehr viel größeres Gebiet als Deutschland und über weite Strecken Land innerhalb der gemäßigten Zone, die heute zum Teil noch dünn bewohnt sind, auf denen aber eine wesentlich dichter, auf europäischer Kulturstufe stehende Bevölkerung wohnen kann. Wenn nicht alles täuscht, so werden sie in einigen Jahrzehnten Deutschland unter allen Umständen an Bevölkerung weit mehr überlegen sein, als das jetzt der Fall war, und sie werden dann noch gewaltigere Heere auf die Beine bringen können, als dieses Mal. Ob es dann Deutschland noch möglich sein wird, dem Einfall der feindlichen Heere zu widerstehen, ist zum mindesten zweifelhaft. Gerade von alldeutscher Seite werden immer wieder die hervorragenden Leistungen unserer Heerführer gepriesen und zweifellos haben wir neben der Tüchtigkeit unseres Volkes und unserer Soldaten unsere großen militärischen Erfolge der hervorragenden Begabung unserer leitenden Generale zu verdanken. Gewiß ist es nicht nur ein Zufall, daß gerade Deutschland so hervorragende militärische Führer hat. Der Geist systematischer wissenschaftlicher Arbeit, der bei uns allenthalben herrscht, mag besonders geeignet sein, die Herausbildung hervorragender Militärs zu ermöglichen. Aber die Sicherheit haben wir keineswegs, daß auch in einem künftigen Kriege die tüchtigsten Heerführer auf unserer Seite sind. Es kann sehr wohl sein, daß in einem zukünftigen Kriege die Gegner nicht nur ein zahlenmäßig überlegenes Heer, sondern auch die bessere militärische Führung haben. Was aber soll dann aus Deutschland werden? Deswegen muß im Interesse des deutschen Volkes alles aufgewendet werden, um beim Friedensschluß die Anbahnung guter Beziehungen mit unseren jetzigen Gegnern vorzubereiten.

Wir Sozialdemokraten sind es aus der Zeit vor dem Kriege gewöhnt, als vaterlandslose Gesellen hingestellt zu werden und auch jetzt wieder tun die alldeutschen Mannen so, als wenn sie allein das echte und wahre Deutschtum gepachtet hätten. Haben es doch die Getreuen der Reventlow und Tirpitz in frecher Anmaßung fertiggebracht, sich die tönende Firma Vaterlandspartei zuzulegen. Aber ebenso wie der Internationalismus der Sozialdemokratie nie im geringsten im Widerspruch stand zur Liebe zum eigenen Land und Volk, die wir Sozialdemokraten stets mindestens ebenso gut empfunden haben wie die alldeutschen Maulhelden, so können wir auch der sicheren Ueberzeugung sein, daß wir mit unserem Kampf für einen Verständigungsfrieden dem Wohle des deutschen Volkes dienen. Ein Friede nach annexionistischen Wünschen kann zu leicht über kurz oder lang zu einem neuen Zusammenschluß unserer Gegner führen und kann so geradezu den Untergang Deutschlands vorbereiten. Die denkbar beste Sicherung unseres Landes für die Zukunft ist ein Friede der Versöhnung und des Ausgleichs, wie ihn die Sozialdemokratie erstrebt.

* * *

Die Auslegung der Friedensresolution.

In seiner großen Antrittsrede im Reichstage hatte der Reichskanzler Graf Hertling am 29. November des vergangenen Jahres betont, daß die Antwort der Mittelmächte auf die Papstnote von den Ententemächten nicht als ein Freibrief für die freventliche Verlängerung des Krieges angesehen werden dürfe. Daran knüpft jetzt eine offenbar parteioffiziöse Aeußerung der Fortschrittlichen Volkspartei an, um ihre veränderte Stellungnahme zur Friedensresolution vom 19. Juli, auf der bekanntlich die Antwort auf die Papstnote aufgebaut war, zu begründen. Die Freisinnige Zeitung schreibt:

„Im Gegensatz zu jenen Leuten, die „den Tag herbeisehnten", an welchem dieser Krieg ausbrach, und welche in rein mechanischer Auffassung das Zukunftsheil Deutschlands nach der Zahl der in aller Welt annektierten Quadratkilometer bemessen, hält die Fortschrittliche Volkspartei daran fest, daß dieser Krieg der Verteidigung des Vaterlandes dient und nicht zu Eroberungszwecken begonnen worden ist. Den fremden Eroberungswillen zu brechen, uns aber auch zu sichern gegen ähnliche Angriffe in der Zukunft, eine Gewähr dafür zu schaffen, daß sich unser wirtschaftliches und kulturelles Leben ungestört durch äußere Gefahren wieder aufrichten und entwickeln kann, das ist unser Friedensziel. Und bei der Abmessung unserer Forderungen an die Gegner werden wir daran denken dürfen, daß sie unter Zurückstoßung der von uns gebotenen Friedenshand uns zu neuen unerhörten Opfern gezwungen haben.

Eine kluge Politik wird aber bei alledem einer Wiederkehr der gesunden Vernunft auch in der jetzt feindlichen Welt eine Gasse zu bereiten suchen und damit rechnen, daß der Tag kommen muß, an dem die Völker wieder Verkehr und friedlichen Austausch pflegen. Nur dann werden wir die eigene nationale Existenz auf die Dauer sichern, wenn wir auch den anderen die Lebensmöglichkeit zu gewähren bereit sind.

Mit diesem Standpunkt der Fortschrittlichen Volkspartei werden sich auch jene Kreise abfinden müssen, welche die Friedensresolution des Reichstags als ein unbedingtes Bekenntnis zu ihrem pazifistischen Zukunftsideen zu bewerten suchen. Wir nehmen, wie oben dargelegt, alle Rücksicht auf die fernere Zukunft, halten es aber für die Aufgabe einer realen Politik, darüber die Sicherung der Gegenwart nicht zu vergessen und unserem Volke die Möglichkeit zu bewahren, daß es in jene froheren Tage der Zukunft hinüberleben kann."

Die Friedensresolution vom 19. Juli, so bemerkt hierzu das B. T., hatte den Grundsatz, auf gewaltsame Annexionen und auf Kriegsentschädigungen zu verzichten, ausgesprochen. Dieses Prinzip lassen die hinter der Freisinnigen Zeitung stehenden Kreise der Fortschrittlichen Volkspartei jetzt fallen, und sie wollen sich für die Zukunft, wenn auch in verklausulierter Form, die Hände frei halten. Der Reichstagsabgeordnete Haußmann hatte erst in diesen Tagen in einer fortschrittlichen Wählerversammlung zu Stuttgart darauf hingewiesen, daß die Friedensresolution nie „eine staatsrechtliche Bindung" gewesen sei, aus der der Feind Ansprüche ableiten dürfe, sondern daß sie als das Problem der Staatskunst hingestellt habe, „nicht weiteren Stoff zu neuen Revanchekriegen aufzuschichten". Die Scheidegrenze der Mehrheitspolitik zur Politik der Alldeutschen bestehe, sagt die Freisinnige Zeitung, nach wie vor. Sie gipfle in dem durch die Julireisolution erneut errichteten Bekenntnis: „Uns treibt nicht Eroberungssucht." Eine Meinungsverschiedenheit könne nur über die Frage entstehen, was zu Deutschlands Sicherung und Wiederaufrichtung notwendig sei. Das läßt allen individuellen Wünschen, vermittelnd, weiten Raum, und ebenso wie Herrn Dr. Müllers-Meiningen Annexionismus kann man zur Not Konrad Haußmanns Friedensformel damit vereinbaren. Trotzdem ist es bei der ganzen Form der parteioffiziösen Aeußerung klar, daß die Kreise der Freisinnigen Zeitung von dem Standpunkt, den Haußmann und andere Fortschrittler vertreten, sich lossagen wünschen.

Auch das Zentrum hat das Bedürfnis, seine Stellungnahme zur Friedensresolution einer Revision zu unterziehen. „Das Zentrum stand", schreibt die Germania, „nicht nur damals (am 26. Februar dieses Jahres) schon auf dem Standpunkt, daß wir trotz der Julireisolution beim Fortdauern des feindlichen Vernichtungswillens unsere volle Freiheit der Entschließung zurückerhalten würden, sondern es hatte die gleiche Haltung schon lange vorher für einen genau bestimmten Zeitpunkt angekündigt. Der Abgeordnete Fehrenbach, einer der überzeugtesten Anhänger und wärmsten Verfechter der Julireisolution, erklärte im Reichstag über deren Sinn und Bedeutung: „Die Grundlage der Friedensresolution ist die Rücksicht auf die militärische und weltpolitische Situation, ihr Ziel ist ein ehrenvoller Friede noch im Verlauf des Jahres 1917. Wollen dies unsere Feinde nicht, so sind sie es, die uns die Freiheit unserer Entschließung wiedergegeben haben." Das war wiederum im Deutschen Reichstag am 6. Oktober 1917, also lange bevor jemand an die Kanzlerschaft des Grafen Hertling auch nur gedacht hat.

Es kann also jetzt kein Zweifel mehr daran sein, daß die ehemalige Mehrheit für die Friedensresolution heute nicht mehr besteht.

An der Bahn Tammerfors—Wyborg.

wtb. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 16. April 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Angriffe auf dem Schlachtfelde an der Lys führten zu vollem Erfolge.

Die großen Sprengtrichter aus der Wytschaetesschlacht 1917 wurden im Handstreich genommen. Nach kurzem Feuerschlag erstürmten wir in überraschendem Angriff Wulvergem und die feindlichen Stellungen beiderseits des Ortes. Gegenstöße englischer Kompanien brachen völlig zusammen. Von der Ebene herauf erstiegen unsere Truppen im Angriff die Höhen zwischen Nieuwkerke und Ballieul und entrissen sie im heftigen Nahkampf dem Feinde. Englische Angriffe gegen Locon scheiterten.

An der Schlachtfront zu beiden Seiten der Somme nahm der Artilleriekampf nur am Luce-Bach in der Gegend von Morcuil und Montdidier größere Stärke an. Bei Anwendung eines von Engländern und Franzosen gemeinsam durchgeführten Angriffes nördlich vom Luce-Bach machten wir Gefangene.

Am Oise-Aisne-Kanal und auf dem Westufer der Maas führten wir erfolgreiche Unternehmungen durch.

Osten:

Finnland:

Zu Lowisa (östlich von Helsingfors) nach Ueberwindung schwieriger Eisverhältnisse gelandete Truppen stießen über Lappträsk nach Norden vor, brachen mehrfach feindlichen Widerstand und haben die von Tammerfors nach Wyborg führende Bahn östlich von Lahti erreicht.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die ungeheure Halbjahrsbeute.

Vom 15. Oktober 1917 bis zum 15. April 1918 haben die Mittelmächte über 517 000 Gefangene gemacht, 7642 Geschütze, gegen 20 000 Maschinengewehre und mehr als 300 Tanks erbeutet. Außerdem fielen über 100 Panzerkraftwagen, 630 Autos, 7000 Fahrzeuge und unabsehbares Eisenbahnmaterial in ihre Hände. Unter diesen befanden sich über 800 Lokomotiven und 8000 Waggons. Die Bestände der Munitionsdepots sind noch nicht annähernd festgestellt. Allein an Artilleriemunition wurden bisher über 3 Millionen Schuß gezählt. In derselben Zeit wurden über 1100 Flugzeuge und mehr als 100 Fesselballone abgeschossen. Die Massen an sonstigem Kriegsgeräte, Pioniergerät, Handfeuerwaffen, Gasmasken, die Bestände der Bekleidungs- und Verpflegungsdepots konnten zahlenmäßig bisher noch nicht annähernd festgestellt werden.

Deutsche Blutopfer in Helsingfors

Berlin, 15. April. Das Eindringen des deutschen Geschwaders nach Helsingfors war durch dichten Nebel, gefährlichste Navigationsverhältnisse und Packeis sehr erschwert. Die Navigation mußte durch Besetzung wichtiger Punkte über das Eis ermöglicht werden. Außerhalb Helsingfors wurde dem russischen Kriegsschiff Ptotr Welikj und einem großen russischen Transportdampfer und Eisbrecher mit Tausenden von Angehörigen der russischen Marine und deren Familien an Bord, anscheinend auf dem Wege nach Kronstadt, begegnet. Das Kriegsschiff grüßte mit der Flagge das deutsche Geschwader; es hatte die weiß-rote Flagge als Zeichen neutraler Haltung gesetzt. Die Flagge wehte auch über der wegen ihrer Ausdehnung und Stärke berühmten Seebefestigung und auf den im Hafen zurückgebliebenen russischen Kriegsschiffen. Vor dem Leuchtturm Grahara gab ein großer öliger Fleck im Eise, sowie Schiffstrümmer, Torpedoaffek usw. den Platz an, an dem drei englische U-Boote bei der Nachricht von unserer Annäherung gesprengt waren. Sofort nach der Ankunft des deutschen Geschwaders wurde das Landungskorps noch am späten Abend des 12. April ausgeschifft. Es erlitt die ersten Verluste schon während der Landung durch ein Automobil der Roten Garde, das unter der Flagge des Roten Kreuzes mit Maschinengewehren schoß. Hauptnester der Roten Garde waren fast sämtliche in der Nähe des Hafens gelegenen Staatsgebäude. Vom frühen Morgen bis zum Mittag des 13. April hatte das Landungskorps der Marine und eine in der Nähe des Hafens angetroffene Kompanie deutscher Jäger schwere Straßenkämpfe beim Nord- und Südhafen. Die Roten bestrichen mit Maschinengewehr auch die Annäherung an den Landungsplatz sowie die Verbindung zwischen dem am Südhafen gelegenen Marktplatz und der Halbinsel Skatudden. Unsere Matrosen hatten auf letzterem einen besonders schweren Stand, da die Roten das gegenüberliegende